



Interviews

Datum: 13.03.2023

Moritz Küpper im Gespräch mit Henriette Reker

Moritz Küpper: In Marburg ist jetzt wieder Ruhe. Nachdem zuletzt viele Male Aktivistinnen und Aktivisten der Gruppierung Letzte Generation den Verkehr blockiert, lahmgelegt, sich dort in bekannter Form auf die Straße festgeklebt hatten, um für mehr Klimaschutz zu protestieren, ist Oberbürgermeister Thomas Spies von der SPD auf die Forderung der Gruppierung eingegangen. Er schreibt einen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz sowie an die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag. Tenor: Mehr Klimaschutz bitte, also ein dauerhaftes Neun-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr, mehr Tempolimit auf Autobahnen und die Einrichtung eines Gesellschaftsrats für Maßnahmen für ein emissionsfreies Deutschland bis 2030, die Forderungen der Letzten Generation. Dafür können in Marburg jetzt die Autos wieder rollen, verzichtet die Gruppe auf weitere Proteste. Neben Marburg hat auch Hannover so eine Verabredung getroffen. In Hamburg läuft ein Ultimatum der Gruppe heute ab. Wenn Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher nicht bis heute auf die Forderungen eingeht, will die Letzte Generation ab morgen für eine „maximale Störung der öffentlichen Ordnung“ sorgen.

Auch in Köln hat die Gruppierung dies versucht. Kölns Oberbürgermeisterin, die parteilose Juristin Henriette Reker, hat sich aber nicht darauf eingelassen. Sie ist jetzt am Telefon. – Guten Morgen!

Henriette Reker: Guten Morgen, Herr Küpper!

Küpper: Frau Reker, handeln Sie in diesem Fall im Interesse Ihrer Stadt, wenn Sie nicht auf diese Forderungen eingehen?

Reker: Ja, ich glaube schon, dass ich im Interesse dieser Stadt handle, denn ich verfolge das Ziel der Klimaneutralität wie die allermeisten inzwischen. Seit vielen Jahren setze ich mich dafür ein, dass es einen einfachen und günstigeren ÖPNV gibt, und Bürgerbeteiligung halte ich für absolut erforderlich. So hat der Rat der Stadt ja auch 2019 schon den Klimanotstand beschlossen und viele prominente Vorhaben sind dem dann zum Opfer gefallen, wenn ich das mal so sagen darf, wobei ich das richtig finde, dass wir jetzt alles daran setzen, unser Klima nicht weiterhin so zu belasten, dass es das Aus für die Menschheit bedeutet.

Aber ich glaube, man kann sich nicht hinstellen und sagen, wenn ich nicht das bekomme, was ich möchte, dann klebe ich mich fest. Das ist für mich eine Nötigung, der ich nicht nachgeben kann.

Küpper: Eine Nötigung auch im juristischen Sinne?

Reker: Eine Nötigung auch im juristischen Sinne, weil der Nötigungsvorsatz wäre ja, das zu erreichen, dass man miteinander spricht, und wenn meine Kollegen aus den anderen Städten dem nachgeben, dann machen sie das höchstwahrscheinlich, weil sie selber alle diese Forderungen auch unterstützen werden, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass sie sich einfach darauf einlassen, dass andere entscheiden, wie die demokratischen Regeln in ihrer Stadt ausgeübt werden.

Küpper: In Hamburg beschäftigt sich jetzt die Staatsanwaltschaft mit diesem Fall. Es geht um den Paragraphen 106 Strafgesetzbuch, wie Sie sagen, Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans. Ist diese Gruppe ein Fall für den Staatsanwalt?

Reker: Wenn tatsächlich jemand zu einem Tun oder Unterlassen veranlasst wird, dann ja. Es gibt Fälle, die fallen unter diesen Straftatbestand, und andere fallen eben nicht darunter.

Küpper: Wie war es denn bei Ihnen?

Reker: Hier hat sich ja mal ein Ratsmitglied festgeklebt in einer Ratssitzung und es war sowohl ein zweites Rednerpult als auch ein Lösungsmittel vorhanden. Wir haben fünf Minuten eine Beratungspause gemacht, haben die Klimaschützerin gelöst vom Pult und die Ratssitzung konnte weitergehen. Das war meines Erachtens keine Nötigung, weil sie hat nicht eingegriffen. Fünf Minuten Beratungspause kann man sicherlich für ein so großes Ziel hinnehmen.

Küpper: Jetzt ist es aber im Fall der Gruppierung der Letzten Generation anders. Sie wollen die öffentliche Ordnung maximal stören. Sie haben ja auch dieses Angebot eines Burgfriedens erhalten. Das ist für Sie dann kein Erpressungsversuch?

Reker: Erpressung ist es ja sowieso nicht, weil die kein Geld wollen, aber ich bin gesprächsbereit, aber nicht unter diesen Umständen. Man kann das Gespräch so nicht erzwingen. Es ist ganz normal, dass man über solche Dinge spricht, und ich bin auch der Meinung, dass wahrscheinlich diese ja nationale Organisation der Letzten Generation gar nicht diese ganzen Maßnahmen, die Köln ergreift, kennt. Ich würde gerne ihnen das mal darlegen, was wir alles schon tun. Ich weiß nicht, wie weit die anderen Städte sind, aber wir fördern Lastenräder, bei uns gibt es eine Dach- und Fassadenbegrünung, wir haben einen Hitzeaktionsplan und einen Aktionsplan Klimaneutralität, 2035 allerdings. Aus dem entwickeln wir jetzt konkrete Maßnahmen. Wir stellen unsere Fahrzeugflotten auf Elektro um und statten auch die Stadt mit Ladesäulen aus. Der Energieversorger hat mit der Bürgerinitiative Klimawende einen Vergleich gemacht, dass auch der Energieversorger klimaneutral wird bis 2035. Alles das scheint der Letzten Generation gar nicht bekannt zu sein.

Küpper: Ist das Ganze aus Ihrer Sicht eher kontraproduktiv, was sie dort machen? Erweisen Sie der Sache einen Bärendienst?

Reker: Es bringt gar nichts! Gut wäre, so wie wir es auch machen mit unserem Projekt Bürgerrat, der sich ja vom Gesellschaftsrat dahingehend unterscheidet, als er nur empfiehlt, in einem Bürgerrat solche Maßnahmen mitzugestalten. Das wäre sinnvoll.

Küpper: Können Sie das als Stadt dann einfach so abtropfen lassen? In Köln wurde auch immer wieder der Verkehr blockiert. Auch Ihr Rathaus wurde versucht zu besetzen. Sie haben die andere Situation ja auch schon angesprochen.

Reker: Ja. Ich finde, ein Gespräch ist absolut notwendig, aber nicht unter diesen Umständen.

Küpper: Was machen Sie denn, wenn es dann immer weitergeht?

Reker: Ich gehe davon aus, dass auch hier dann das Prinzip Vernunft – ich setze ja immer auf die Einsichtsfähigkeit der Menschen -, dass das Prinzip Vernunft gewinnt und man wirklich sich hinsetzt ...

Küpper: Aber sehen Sie dafür einen Anhaltspunkt bei dieser Gruppe? Entschuldigung, wenn ich Sie da unterbreche.

Reker: Gar nicht schlimm, Herr Küpper. – Ich denke, das ist eine Frage der Zeit, wenn man sieht, dass man mit der Methode, die man anwenden will, nicht weiterkommt. Und wenn man wirklich weiterkommen will, wenn es nicht darum geht, sich selber in Szene zu setzen, dann kann man das sicherlich machen.

Küpper: wie lange wird das noch dauern aus Ihrer Sicht?

Reker: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich hoffe, es geht schnell, weil ich es unserer Stadt auch nicht zumuten will, dass sie weiter darunter leidet.

Küpper: Sehen Sie den Frieden dort, die öffentliche Ordnung dort gefährdet?

Reker: Ja. Wenn man sich hier in den Hauptverkehrsstraßen festklebt, dann ist das für diejenigen, die ihre Arbeit erreichen wollen oder Kliniktermine haben, eine große Belastung.

Küpper: Aber wie lässt sich diese Diskrepanz schließen? Sie setzen auf die Vernunft und auf die Zeit. Das war's?

Reker: Was heißt, das war's? Ich biete ein Gespräch an, nur nicht unter dieser Grundlage.

Küpper: Wenn die Proteste dann immer weitergehen würden?

Reker: Irgendwann, denke ich mal, hört alles auf, aber ich werde dem nicht nachgeben.

Küpper: Ist das eine Frage, die Ihre anderen Kollegen ja anders beantwortet haben? Ist das ein Problem für den Staat, wenn Oberbürgermeister, Oberbürgermeisterinnen dem nachgeben?

Reker: Ich finde, schon. Die Oberbürgermeister sind die Repräsentanten ihrer Kommunen und ich bin beispielsweise ja mit einer breiten Wählerschaft gewählt worden und ich bin

keine Lobbyistin der Letzten Generation. Ich würde ja die Autorität des Amtes dieser Organisation zur Verfügung stellen. Ich könnte mir auch irgendeine andere Organisation dann aussuchen, die mich zwingt zu handeln, und das geht natürlich nicht. Das kann man machen, wenn man, wie die anderen Kollegen, vielleicht alle Forderungen teilt und die Städte in ihrer Klimapolitik vielleicht nicht so weit sind - das kann ich nicht beurteilen -, oder die Wählerschaft das aufgrund eigener Parteizugehörigkeit gut findet. Hier in Köln ist das aufgrund meiner Wählerschaft nicht möglich.

Küpper: Das heißt, Ihre Kolleginnen und Kollegen haben da dem Staat, dem Bild des Staates einen Bärendienst erwiesen?

Reker: Ja, die haben einfach eine andere Vorstellung vielleicht von demokratischen Prozessen. Hier geht es ja darum, nicht nur einen unverbrüchlichen Teil der bürgerlichen Freiheitsrechte als Demonstration zu benutzen, sondern es geht darum, mit großer Ungeduld, die ich ja verstehen kann, andere zu nötigen, und das ist ein Widerspruch zu unserer Demokratie, die davon lebt, sich Mehrheiten zu suchen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.